



---

## **Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie**

35. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)\*)

26. August 1998

Düsseldorf - Haus des Landtags

14.05 Uhr bis 14.40 Uhr

Vorsitz: Hannelore Brüning (CDU)

Stenograph: Wolfgang Theberath

**Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

TOP 1 bis 3 siehe APr 12/925

**4 Mögliche Strahlenbelastungen von Castor-Transporten in bzw. durch  
Nordrhein-Westfalen**

Bericht der Landesregierung

1

Der Ausschuß verständigt sich auf Entgegennahme des Berichts in  
Schriftform (siehe Vorlage 12/2202).

---

\*) Öffentlicher Teil siehe APr 12/925

**5 Ja zu den Chancen der Bio- und Gentechnologie besonders in der Medizin**

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 12/3137

1

Nach einer ersten Diskussionsrunde beschließt der Ausschuß einstimmig, über den Antrag auf jeden Fall in der nächsten Sitzung - 21. Oktober 1998 - abschließend zu beraten und darüber abzustimmen.

**6 Gesetz zur Änderung des Landesabfallgesetzes und damit in Zusammenhang stehender Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/3143

5

Wegen der für den 30. September 1998 vorgesehenen Anhörung durch den federführenden Ausschuß vertagt der Wirtschaftsausschuß die Beratung. Unter den Sprechern der Fraktionen und ihrer Mitarbeiter soll ein Fragenkatalog für die Anhörung erarbeitet und sollen Sachverständige benannt werden.

**7 Umsetzung des vom Kabinett beschlossenen Pflichtenheftes "Förderrichtlinien"**

Bericht des MWMTV

6

Der Ausschuß nimmt den Bericht von Minister Bodo Hombach entgegen.

Nächste Sitzung: 21. Oktober 1998

\*\*\*\*\*

**Alexandra Landsberg (GRÜNE)** spricht sich dafür aus, den Geschäftsführer der Landesinitiative zu einer Ausschußsitzung einzuladen, und bittet den Minister, dem Ausschuß zur Vorbereitung noch entsprechendes Material zur Verfügung zu stellen.

Darüber hinaus interessiere sie besonders der Erfolg der BioRegio-Initiative. Sie bittet den Minister um schriftliche Auskunft, wieviel Geld seit Beginn jährlich in diese Initiative geflossen sei, wie viele Arbeitsplätze damit geschaffen und wie viele Projekte damit gefördert worden seien. - **Minister Hombach** sagt zu, diesen Wünschen zu entsprechen.

**Werner Bischoff (SPD)** kommt auf seinen Verfahrensvorschlag zurück, bei dem er sich auf die Einladung zur heutigen Sitzung des Arbeitsausschusses gestützt habe, wonach die Abstimmung des weiteren Verfahrens zur Diskussion stehe. Aus dem Grunde habe er es für wenig zweckdienlich gehalten, in der heutigen Sitzung des Wirtschaftsausschusses schon endgültig über den Antrag zu entscheiden, und deswegen vorgeschlagen, heute nicht abschließend zu beraten.

Mit dem Vorschlag, das geschäftsführende Vorstandsmitglied der Landesinitiative einzuladen, sei eine zusätzliche Möglichkeit der Informationsentgegennahme ins Gespräch gekommen, die er begrüße. Er bleibe daher bei seinem Petitum, den Antrag heute nicht endgültig zu beraten, sondern die Entscheidung zu vertagen.

Unter Hinweis darauf, daß es vom Zeitablauf her nicht möglich sein werde, den Geschäftsführer der BioGenTec NRW direkt zur nächsten Ausschußsitzung einzuladen, und daß das nach dem bisherigen Zeitplan in diesem Jahr überhaupt nicht mehr möglich sein werde, bittet **Vorsitzende Hannelore Brüning** darum, das Abstimmungsverhalten über den CDU-Antrag nicht von einem vorherigen Gespräch mit dem Geschäftsführer abhängig zu machen.

**Abstimmungsergebnis** hinsichtlich des weiteren Beratungsverfahrens siehe **Beschlußprotokoll**.

## 6 Gesetz zur Änderung des Landesabfallgesetzes und damit in Zusammenhang stehender Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/3143

Die **Vorsitzende** teilt mit, daß der heute ebenfalls tagende federführende Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung über eine am 30. September durchzuführende Anhörung zu diesem Gesetzentwurf Beschluß fassen wolle. Dies sei ihr bei der Aufstellung der Tagesordnung für die heutige Sitzung noch nicht bekannt gewesen. Deswegen schlage sie vor, die

Beratung bis nach der Anhörung zu vertagen und sich jetzt nur über die Beteiligung an der Anhörung zu verständigen.

**Laurenz Meyer (CDU)** macht darauf aufmerksam, daß der Gesetzentwurf viele Bezüge zur Wirtschaftspolitik enthalte, so daß es ihm dringend ratsam erscheine, im Kreise der Sprecher der Fraktionen und ihrer Mitarbeiter einen gemeinsamen Fragenkatalog zu erarbeiten und die Sachverständigen zu benennen, die aus der Sicht des Wirtschaftsausschusses nach Möglichkeit geladen werden sollten. Er bittet die Vorsitzende, in diesem Sinne Kontakt mit dem Vorsitzenden des federführenden Ausschusses aufzunehmen. - Der Ausschuß schließt sich diesem Vorschlag an.

## **7 Umsetzung des vom Kabinett beschlossenen Pflichtenheftes "Förderrichtlinien"** **Bericht des MWMTV**

**Vorsitzende Hannelore Brüning** weist darauf hin, daß die Berichterstattung zu diesem Tagesordnungspunkt auf Wunsch der GRÜNEN in die Tagesordnung aufgenommen worden sei.

**Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr Bodo Hombach** erstattet hierzu wie folgt Bericht:

Frau Vorsitzende, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich unterstelle, daß Sie das eben schon zitierte Gutachten von prognos & simma, das verschiedene Häuser der Landesregierung, verschiedene Institutionen und Beratungsprogramme erfaßt hat, kennen.

Auf den in dem Gutachten ausgemachten Handlungsbedarf bei der bestehenden Beratungsförderung des MWMTV hat das Haus reagiert und dem Finanzministerium im Mai 1998 die Stellungnahme vorgelegt.

Ich persönlich bin stark an einer nachhaltigen Wirksamkeits-, Begründungs- und Effizienzkontrolle interessiert. Die für ein umfangreiches Programmcontrolling erforderlichen datentechnischen Voraussetzungen wurden im Ministerium zwischenzeitlich eingeleitet und werden in den nächsten Monaten umgesetzt.

Die seit dem 01.01.1998 erfolgte Zusammenfassung der Beratungsförderung an Gründer sowie an kleine und mittelständische Unternehmen im Beratungsprogramm "Wirtschaft" sind die für ein Programmcontrolling erforderliche Voraussetzung und geschaffen worden, um zur Effizienz und Wirksamkeit des Programms in den jährlichen Beratungsberichten dann auch aussagefähig zu sein. Das betrifft die Bereiche der Förderung von Gründungsberatung, Begleitberatung für neugegründete Unterneh-